

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

Fernsprecher W 1547
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petitzeile 20 Pfg. ::
Anzeigen der Zahlstellen 10 Pfg.

No. 5

Cöln, den 1. März 1913.

I. Jahrgang.

Kollegen! Werbt eifrig neue Mitglieder für den Verband!

Gewerkschaft und Volkswirtschaft.

In den letzten 25 Jahren hat die deutsche Volkswirtschaft eine tiefgehende Veränderung erfahren. Die ehemals rein landwirtschaftlichen Staaten haben sich zu Industriestaaten entwickelt, deren Erzeugnisse mitbestimmend auf dem Weltmarkt hervortreten. Der Bevölkerungszuwachs, der in den letzten 10 Jahren zirka 900 000 Menschen jedes Jahr betrug, muß in der Industrie, dem Handel und Verkehr untergebracht werden. Diese Entwicklung ist natürlich nicht ohne Einfluß auf die berufliche und soziale Zusammensetzung des Volkes geblieben.

Die größte Zunahme hat der Lohnarbeiterstand zu verzeichnen. Die unselbständige, handarbeitende Bevölkerung umfaßt heute mit ihren Angehörigen mehr wie ein Drittel der gesamten Bevölkerung. In der Invalidenversicherung waren 1910 19½ Millionen, in der Unfallversicherung 24 Millionen Erwerbstätige versichert.

Für die Volkswirtschaft eines Landes ist es aber nicht gleichgültig, wie sich diese Massen zu den Bedürfnissen und Forderungen des Staates und der gesamten Volkswirtschaft stellen. Ihr Wohl und Wehe hängt zum großen Teil von der geistigen und körperlichen Tüchtigkeit dieser Massen ab. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsache ist die Arbeiterschutz- und Versicherungslegislation geschaffen. Wenn heute kurzfristige Professoren unter dem Schlagworte „Die Sozialpolitik altert, sie verliert die Gewalt der ersten Stunde“ versuchen, an dem Geschaffenen herumzumörgeln, so beweist das nur, daß sie ihren Blick einseitig auf die Schattenseiten geheftet und die Lichtseiten gänzlich übersehen haben. An kleinen Unzulänglichkeiten und unerfreulichen Nebenerscheinungen, die nun einmal bei jeder menschlichen Einrichtung anzutreffen sind, den Wert einer Einrichtung zu beurteilen, zeigt, daß man entweder mit einem Vorurteil an die Beurteilung herangetreten ist, oder aber einen bestimmten, neben der Sache liegenden Zweck erreichen will.

Den besten Beweis für die große Bedeutung der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze für die Volkswirtschaft gibt die Entwicklung der letzteren selbst. Trotz einer sehr starken Belastung der deutschen Industrie, dem Handel und Verkehr durch die Beiträge zur Sozialversicherung konnten sie die Konkurrenz auf dem Weltmarkt aushalten und sich dabei geradezu glänzend entwickeln. Die durch die soziale Für-

sorge geschaffenen Werte waren eben größer wie die dafür aufgewandten Opfer.

Diese durch die Gesetzgebung geschaffenen Einrichtungen hätten ihren Zweck, doch nur zu einem kleinen Teil erfüllen können, wenn nicht eine Bewegung der arbeitenden Stände selbst die notwendige Vorbedingung gegeben hätte. Was nützt denn z. B. die beste Fürsorge in kranken Tagen, wenn der Arbeiter in gesunden Tagen, infolge der mangelhaften Lohn- und Arbeitsbedingungen an der Entfaltung seiner vollen Kräfte gehemmt wird. Die volkswirtschaftlichen Werte werden aber nur in gesunden Tagen geschaffen. Unmöglich aber kann die gesetzliche Fürsorge soweit ausgedehnt werden. Sie muß sich darauf beschränken, im großen Rahmen Vorbeugungsmaßnahmen zu ergreifen, ohne aber bis ins Einzelne reglementierend einzugreifen und der freien Initiative genügend Spielraum lassend.

Was aber durch die Gesetzgebung niemals erreicht werden kann, ist die Pflege der Standesugenden, Tüchtigkeit, Pflichttreue, Berufsfreudigkeit, von denen nicht zuletzt der Erfolg unserer ganzen Wirtschaft abhängt. Diese Eigenschaften können sich aber nicht entwickeln, wenn dem Arbeiter stets das Gefühl der Benachteiligung und der ungerechten Behandlung bedrückt, wenn der Lohn für seine Mühe in keinem Verhältnis zu dem Ertrage seiner Arbeit steht.

Während sich nun die Schulen, die politischen Parteien, die konfessionellen Vereine usw. bemühen, die für die Volkswirtschaft so wichtigen ideellen Werte zu pflegen, ist es die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen, in erster Linie dafür einzutreten, daß dem billigen wirtschaftlichen Ansprüchen Rechnung getragen wird. Das deutsche Nationalvermögen hat sich in den letzten Jahrzehnten von zirka 100 Milliarden auf zirka 300 Milliarden gesteigert. Die Möglichkeit, den breiten Massen einen größeren Anteil an den wirtschaftlichen Gütern zu geben, ist vorhanden.

Von den Gegnern der Gewerkschaftsbewegung wird nun vielfach behauptet, daß durch ihr Vorgehen die Klassengegenstände verschärft, ein gemeinsames Handeln aller Glieder der Gesellschaft erschwert würde. Gewiß trifft dieses in vielen Fällen zu. Aber hieran trägt wohl weniger die Gewerkschaft die Schuld, wie die Eifersuchtlosigkeit jener Kreise, denen die Selbstständigkeitsbestrebungen der arbeitenden Stände grundsätzlich widerstrebt. Gegenseitige Achtung und erfolgreiches

gemeinames Arbeiten kann aber nur dann platzgreifen, wenn die Gleichberechtigung aller Stände nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch anerkannt wird. Nicht zuletzt sind es auch jene Herrenmenschen gewesen, die durch ihr feindseliges Verhalten gegen jedes Bestreben nach Gleichberechtigung auf der anderen Seite, den Boden für Klassenhaß und Klassenkampf geebnet haben. Ohne die Tätigkeit des Scharfmachertums wäre der sozialdemokratische Weizen niemals zum Blühen gekommen.

Unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung lehnt den Klassenkampf und Klassenhaß grundsätzlich ab. An dieser Stellung ändert auch die Tatsache nichts, wenn sie zur Erreichung wirtschaftlicher Vorteile für ihre Mitglieder von Fall zu Fall, gemeinsam mit anderen Richtungen vorgeht. Wenn es bei diesem Vorgehen gelegentlich zu Kämpfen kommt, so tragen jene Faktoren die Verantwortung, die schon die Zugehörigkeit zur Berufsorganisation als ein Vergehen gegen die Interessen der Volkswirtschaft auffassen und deren Wohl einzig und allein in der Zusammenballung ihrer Kapitalmacht erblicken. Sich hiergegen zu wehren ist ein gutes Recht der arbeitenden Stände. Auf die Dauer wird man diesem Streben auch keinen Widerstand entgegensetzen können. Von dem Verhalten der besitzenden Stände wird es abhängen, ob dieser Weg der Entwicklung sich in ruhiger Form vollzieht, oder ob es zu großen und scharfen Kämpfen kommt.

Bei diesem Widerstreben der Interessen erwächst den Behörden und insbesondere den Stadtverwaltungen eine dankenswerte Aufgabe. Durch ihr Vorgehen könnten sie günstig auf beide Parteien einwirken. Leider versagen aber hier die meisten Verwaltungen. Manche Schäden volkswirtschaftlicher Art könnten vermieden werden, wenn die Verwaltungen mehr versuchen würden, vermittelnd einzugreifen.

Selbstverständlich müssen die betreffenden Beamten auch von der Notwendigkeit der Gleichberechtigung des arbeitenden Standes überzeugt sein. Leute, wie ein rheinischer Regierungspräsident, der die „Gelben“ den untergeordneten Behörden zur Unterstützung empfiehlt, eignen sich für eine derartige Aufgabe nicht.

Dadurch können die Gegensätze nur verschärft, der soziale Frieden gefährdet und die Volkswirtschaft schwer geschädigt werden.

Da unsere Gewerkschaftsbewegung sich bei ihren Bestrebungen im Rahmen der jetzigen gesellschaftlichen und sozialen Ordnung hält, eine gesunde Standespolitik treibt, ohne aber die Bedürfnisse der ganzen Volkswirtschaft aus dem Auge zu lassen, sollte sie der Unterstützung aller rechtlich Denkenden sicher sein.

Für Lohnerhöhung der Staatsbauarbeiter in Bayern.

Im Jahre 1911 nahm unser Verband in einer Konferenz der staatlichen Bauarbeiter (Straßen-, Flußbauarbeiter und Wildbacherbauschiffen) zu Wilshofen Stellung über die für diese Arbeiter aufzustellenden Forderungen. Das Ergebnis dieser Konferenz war, daß den Verbandsvertretern ein klares Material über die derzeitigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegeben wurde. In einer von den Bezirksleitern Weisler und Birngibl ausgearbeiteten Petition an die Staatsregierung und die Kammer der Abgeordneten wurden die Wünsche der Staatsbauarbeiter nebst eingehender Begründung niedergelegt. Infolge vorzeitiger Landtagsauflösung 1911 wurde die Petition als gegenstandslos wieder an den Verband zurückgeschickt. Nach den 5. Februar vorgenommenen Landtagswahlen wurde dieselbe wiederholt den zuständigen

Stellen unterbreitet. Mit großen Hoffnungen sahen die Staatsbauarbeiter der Verbessehung ihrer Wünsche entgegen. Nun zog sich die Behandlung dieses Gegenstandes so weit in die Länge, als nach den Vereinbarungen der bürgerlichen Parteien die Arbeiterwünsche erst bei Beratung des Finanzgesetzes zur Tagesordnung gestellt werden sollten. Aus diesem Grunde kamen die Angelegenheiten der Flußbauarbeiter erst kurz vor Schluß des Landtages zum Austrage. Die Vertreter der Staatsregierung sagten ihr bekanntes Wohlwollen gegenüber der Arbeiterschaft zu. Nach den Vorschlägen des Referenten und der Zustimmung des Landtages wurde für die Lohnerhöhung des Staatsbauarbeiter der Betrag von 200 000 Mk. genehmigt. Nun ließen die Ausführungen der Vertreter der Staatsregierung erkennen, daß mit dieser Summe keine einheitliche allgemeine Lohnerhöhung erfolge, sondern daß es den einzelnen Bauämtern überlassen werden müsse, die Lohnerhöhung je nach den Verhältnissen am Orte zu regeln. Betont sei hier noch, daß 1909 eine allgemeine Lohnerhöhung von 20 Pfg. pro Tag erfolgte. Außerdem hat es der Verband an einzelnen Baustellen durchgeführt, daß auf Grund von Eingaben in der Zwischenzeit teilweise Lohnerhöhungen von 10 bis 20 Pfg. pro Tag erfolgten. Unsere Petition stand auf dem Boden der Grundlöhne mit regelmäßigen Steigerungen im 5-maligen Turnus, wie dies bei den Eisenbahnern, der Post und Militärverwaltung der Fall ist. Im Jahre 1908/09 hat der Abg. Oswald und Gen. im X. Ausschuss einen derartigen Antrag bereits eingebracht. Mitte Januar kam die Lohnerhöhung der Flußarbeiter zur Auszahlung, die mehr eine Täuschung als Ueberraschung der Arbeiter mit sich brachte. Die Arbeiter waren doch der Ansicht, daß, wenn die Staatsbaubehörde die Einführung der Grundlöhne nebst Lohnsteigerungen nach Dienstjahren nicht durchführen, wenigstens eine Mindestaufbesserung von 20 Pfg. pro Tag erfolgen würde. Nun haben tatsächlich in der Hauptsache die Flußmeister die Lohnerhöhung durchgeführt und zwar so, daß ein Teil der Arbeiter ganz durchfiel, andere und das ist die Mehrzahl erhielten 10 Pfg., ein Teil 20 Pfg. und einige Handwerker 30—40 Pfg. Zulage.

Durch den Umstand, daß die Durchführung der Lohnerhöhung dem unteren Beamtenkörper (Flußmeister) überlassen wurde, sind teilweise krasse Ungleichheiten zu verzeichnen. So kam es vor, daß ältere Arbeiter z. B. ganz übergegangen worden sind und neu eingestellte eine Aufbesserung bis zu 20 Pfg. erhielten. Leider getraute sich die Staatsbaubehörde an die Ausarbeitung einer festen Lohnordnung nicht heran. Die Bauämter wollen ebenfalls keine solche, denn dadurch wäre das System, die Arbeiter nach Angebot und Nachfrage einzustellen, beseitigt. Auch den Wildbacherbauschiffen, wo die Arbeiter durchwegs in der teuren Gebirgsgegend zu leben haben, wurden nur Aufbesserungen von 10 Pfg. gewährt. Mit dieser Aufbesserung hat nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die ganze Öffentlichkeit eine Täuschung erfahren. Nach dem Gang der Landtagsverhandlungen und der bereit gestellten Summe war man doch der Meinung, daß eine Lohnerhöhung der Flußbauarbeiter von 20 Pfg. pro Tag das Mindeste sein müsse, was in der Lohnfrage geschehe.

Im Bauamte Deggendorf wurde eine Lohnordnung an den einzelnen Flußmeisterstellen angeschlagen nach der die Arbeiter in eine Anzahl von Kategorien eingeteilt und Grundlöhne mit Lohnsteigerungen nach Dienstjahren vorgesehen waren. Diese Ansätze wurden aber nach einer Woche wieder entfernt. Warum — Darum! Weil nach den hier bestimmten Lohnsätzen die Arbeiter mit rückwirkender Anrechnung der Dienstjahre zum Teil bis zu 60 Pfennig Aufbesserung hätten erhalten müssen. Nachdem man den Arbeitern aber schon die Nase auf die Lohnsätze gestoßen hatte, war es denselben möglich von den Löhnen Kenntnis zu

nehmen, die für sie aber nur auf dem Papier standen und in Wirklichkeit nicht bezahlt werden. Würden endlich für die Arbeiter grundlegende Lohnsätze in Anwendung gelangen, dann wäre den Beamten wie den Arbeitern gedient. Die Folge dieser ungleichen Lohnerhöhung ist, daß jetzt die Arbeiter einzeln oder korporativ an die Beamten herantreten, um noch etwas zu erhalten. Das ist bis jetzt schon in vielen Bauämtern geschehen und es haben die Arbeiter in manchen Fällen tatsächlich Zulagen erhalten.

Bezüglich der Uebernachtungs- u. Entfernungszulagen ist nichts geschehen. Hier müssen sich die Arbeiter ebenfalls mit den Beamten abbalgen, teils mit Erfolg, oder es wird andernfalls geäußert, wenn ihr Zulagen wollt, dann können wir euch keine Arbeit geben.

Gerade so ist es mit der Berücksichtigung der Arbeiter bei Entlassungen wegen Arbeitsmangel. Hier sind Fälle vorhanden, wonach bei dem einen Flußmeister Leute wegen Arbeitsmangel entlassen werden mußten, die schon Jahre als ständige Arbeiter geführt werden, während im gleichen Bauamte bei einem andern Flußmeister Arbeiter aufgenommen werden, die als Söhne von Landwirten mit 40 bis 50 Tagewerk Grundbeschäftigung finden. Es sind Fälle zu verzeichnen, wo Dekonomen mit Diensthoten ihre Söhne ins Bauamt schicken, während kleine Leute und arbeitslose Bauhandwerker zu Hause sitzen konnten. In der Lohnfrage wäre es auch am Platze gewesen, wenn die Arbeiterausschüsse vor der Festsetzung der Lohnerhöhungen einberufen und um ihr Gutachten befragt worden wären. Statt dessen kommt es in einzelnen Bauämtern vor, in denen innerhalb 2 Jahren keine Sitzung des Arbeiterausschusses stattgefunden hatten.

In einzelnen Bauämtern sind die Arbeiter auch vor den Flußmeistern wegen Zugehörigkeit zu unserem Verbands nicht geeit. Man hat im Bauamte Rosenheim Arbeiter, von denen man wußte, daß sie im Verbands sind, später eingestellt wie andere Arbeiter. Ein Flußmeister äußerte sich: Wenn ich gewußt hätte, daß der N. noch im Verbands ist, hätte ich denselben nicht mehr eingestellt.

Durch die Ungleichheit in der Lohnbewegung sind an die Kollegen wie auch an die Bezirksleitung eine Menge von Aufgaben und Arbeiten gestellt. Vor allem müssen sich die Kollegen bewußt sein, daß in diesen Angelegenheiten der Instanzenweg eingehalten werden muß. Deshalb ist in den Flußbauämtern oder für die Wildbachverbauungsarbeiter notwendig, zu veranlassen, daß in den nächsten Wochen die Arbeiterausschüsse einberufen und die Differenzpunkte, von denen die Herren Bauamtsassessoren und Bauamtsvorstände oft gar nichts wissen, besprochen und geregelt werden.

Wird auf diese Weise kein befriedigendes Resultat erzielt, so wird die Bezirksleitung die Angelegenheiten an den einzelnen Kreisregierungen und am Ministerium des Innern vorbringen.

Aus alledem ergibt sich, daß ein enger Zusammenschluß der Flußbauarbeiter in unserm Verbands notwendig ist. Mögen sich die Kollegen bewußt sein, daß eine Kritik und ein Räsonieren über die Beamten wegen der Durchführung der Lohnerhöhung nur schadet, weil dadurch nichts erreicht wird. Die Angelegenheiten der Arbeiter werden am Besten in den Versammlungen und Besprechungen der Organisation beraten und verfolgt. Darum rüthelt diejenigen Kollegen auf, die es recht gerne sehen, wenn der Verband sich der Lohnfrage annimmt, aber aus hundert Gründen es ablehnen, demselben beizutreten, um die der Organisation schuldigen Opfer nicht bringen zu brauchen.

Folgen des Terrorismus.

Am 11. Februar wurde der österreichische, sozialdemokratische Abgeordnete Schummeier von dem Metallarbeiter Paul

Kunschak, dem Bruder des christlich-sozialen Arbeiterführers und Abgeordneten Leopold Kunschak, erschossen. Diese Ermordung ist kein in der Hitze des Gefechts erfolgter Totschlag, sondern nach reiflicher Ueberlegung ausgeführt.

Die Beweggründe für diese unselige Tat, soweit dieselben bis heute bekannt sind, auf die Unduldsamkeit der Genossen, die in Oesterreich noch mehr wie in Deutschland üppig ins Kraut schießt, zurückzuführen. Paul Kunschak, eine Natur, die sich nicht widerspruchslos der Gewalt beugte, eine eigene Ueberzeugung besaß, wollte sich nicht unter das sozialdemokratische Joch zwingen lassen. Als er vor einigen Jahren in den Siemens-Schuckertwerken beschäftigt war, setzte der rote Terror ein, der zu einer Gerichtsverhandlung führte, in der zwei „Freiheitshelden“ wegen Erpressung und gefährlicher Drohung zu mehrmonatlichen Arreststrafen verurteilt wurden.

Bei seiner ersten polizeilichen Vernehmung stieß R. feuchend, mit rollenden Augen hervor: „Man hat mich aus der Arbeit geholt. Wie ein wildes Tier wurde ich von Stelle zu Stelle getrieben. Nirgends konnte ich bleiben, und ich mußte schließlich hungern. Ich habe mich jetzt gerächt.“

Damit ist selbstverständlich die unglückselige Tat nicht entschuldigt. Den Keim hierzu hat aber der Terrorismus gelegt und mitverantwortlich für dieses verabscheuungswürdige Verbrechen sind alle diejenigen, die den Terror, als sittlich erlaubt, oder gar als kulturfördernd erachten, wie es auch die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse in Deutschland indirekt und zum Teil auch direkt tut.

Selbstverständlich versucht die Genossenpresse dieses Verbrechen politisch auszubeuten. In der Nr. 37 des „Vorwärts“ wird geschrieben:

„Der Meuchelmörder Paul Kunschak ist ein Arbeiter, aber einer, dem es Wonne macht, seine Klasse zu verderben. Er ist 43 Jahre alt und der Bruder des obersten Führers der klerikalen Arbeiterbewegung in Oesterreich, des auch auf deutschen klerikalen Schausstellungen öfter vorgeführten Landtagsabgeordneten und Wiener Gemeinderats Leopold Kunschak, der bis zu den letzten Wahlen auch Reichstagsabgeordneter war und der zu den Allerhöchsten im Rate der österreichischen Klerikalen gehört. Den Kampf gegen die Klassenbewußte Arbeiterschaft hat dieser Mann auf seine Fahne geschrieben und dieses traurige Geschäft hat ihn zum Vertrauten von Fürsten und Kardinalen gemacht. Leopold Kunschak war nun das loedende Beispiel für seinen Bruder, der wahrscheinlich geglaubt hat, daß ihm der Name des Bruders verpflichtete, seine Feindschaft gegen die Organisation des Proletariats, die die einzige Bürgschaft für den Aufstieg der Arbeiterklasse ist, auf die entsetzliche Art zu bekunden.“

Nur Rohheit konnte dieses gegen den gewiß hart genug getroffenen Bruder des unseligen Verbrechens zutage fördern. Wer den politischen Kampf mit aufständigen Waffen geführt wissen will, muß selbst eine blanke Waffe führen. Das ist hier nicht der Fall. Und doch könnte die österreichische Sozialdemokratie sehr viel aus dem Falle lernen, denn alle Parteien ohne Unterschied, auch die christlich-soziale, haben ihren Witschen über das Verbrechen bekundet und der Partei ihr tiefstes Mitgefühl ausgesprochen. Der Bruder des Unseligen hat einen ergreifenden Brief an die Angehörigen des Ermordeten gerichtet.

Schadet nichts, der Fall muß politisch ausgenützt werden. Wohin dieses aber führt, zeigen die Vorgänge der letzten Tage, wo nur durch die Wachsamkeit der Behörde ein weiteres Verbrechen verhindert wurde. Hierüber schreibt die Tagespresse am 18. Februar:

„Gestern ist die Wiener Polizeidirektion durch die Polizeidirektion München davon in Kenntnis gesetzt worden, daß der in München als Freidenker bekannte Tischlergehilfe Frz.

Freiberger von München nach Wien gereist sei in der Absicht, den Tod des Abgeordneten Schuhmeier dadurch zu rächen, daß er den Führer der christlich-sozialen Arbeiterschaft, den Abgeordneten Leopold Kunschak zu erschließen gedenke. Die Wiener Polizeidirektion hatte alle Hebel in Bewegung gesetzt, um sich des Mannes zu bemächtigen, ehe er sein ruchloses Beginnen in die Tat umgesetzt hat. Wie die eingeleiteten Erhebungen ergaben, war Freiberger tatsächlich in Wien angekommen. Er wurde ausforscht und verhaftet. In seinem Besitze befand sich ein geladener Revolver und eine Feile, welche Gegenstände beschlagnahmt wurden. Er wurde auf der Polizeidirektion einem Verhör unterzogen. Gefragt, warum er nach Wien gekommen sei, gab er zu, daß seine Reise nach Wien den Zweck gehabt habe, den Abgeordneten Kunschak zu erschließen und auf diese Weise den Mord an dem Abgeordneten Schuhmeier zu rächen. Freiberger bezeichnet sich selbst als Freidenker und radikalen Sozialisten.“

Ein abschließendes Urteil läßt sich jetzt noch nicht fällen, zunächst muß die gerichtliche Verhandlung abgewartet werden.

Aus den Ortsgruppen.

Mün. (Gemeindearbeiter und Straßenbahner.) Die Wahlen zum Arbeiterausschuß in den städtischen Werken und Betrieben finden alljährlich im Monat März statt, da die neu gewählten Vertreter im April ihr Amt antreten. In früheren Jahren wurden den Wahlen seitens der städtischen Arbeiter keine allzu große Bedeutung beigemessen, da man den Arbeiterausschüssen keinen Einfluß auf die Gestaltung der Dienstverhältnisse zumessen konnte. „Arbeiterausschüsse sind Dekorationsstücke“ sagte Oberbürgermeister a. D. Becker zurzeit im Herrenhause. Das traf auch auf diese zu, solange nicht hinter denselben eine starke Organisation stand. Wenn wir auch heute noch nicht in den Arbeiterausschüssen die in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses legitime Interessenvertretung der Arbeiterschaft erblicken können, so soll damit doch nicht verkannt werden, daß in sehr vielen Dingen doch manches erreicht werden kann. Natürlich vorausgesetzt, daß die richtigen Männer am richtigen Platze sind und der betreffende Betriebsvorsteher soziales Verständnis besitzt. Den Wahlen wird aber auch deshalb reges Interesse entgegengebracht, weil sie einen Gradmesser bilden für die Stärke der beiden Organisationen, christlicher und sozialdemokratischer Richtung. Mit den schärfsten Mitteln ist in früheren Jahren von den Genossen gearbeitet worden, um uns Terrain abzugewinnen. Aber trotzdem, oder gerade deshalb hat sich unsere Position von Jahr zu Jahr verbessert und haben unsere Kandidaten in den beiden letzten Jahren 3—400 Stimmen mehr erhalten als die Genossen. Das muß natürlich auch in diesem Jahre wiederum erreicht werden. Ja, in einigen Werken (Hafen, E. L. W., Tiefbau), wird es möglich sein, die Genossen herauszuwählen. Dazu ist nur nötig, daß jeder Kollege seine Pflicht tut. Damit ist natürlich nicht gemeint, daß schon jeder genug getan hat, wenn er sein Wahlrecht ausübt. Jeder muß auch dafür sorgen, daß die Säumigen ihr Wahlrecht ausüben. Nicht nur zirka 80 Prozent, sondern 100 Prozent müssen zur Urne gehen, denn die Säumigen gehören nur zum geringsten Teil zu den Genossen.

Es muß in diesem Jahre gelingen, und es wird gelingen, wenn in obigem Sinne gehandelt wird, den Genossen eine Niederlage beizubringen, die sich würdig den von 1911 und 1912 anreihen kann.

München (Gemeindearbeiter.) Sonntag, den 16. Februar fand unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung statt. Nach der Bekanntgabe der Tagesordnung erteilte Kollege Bollner dem Kollegen Girschauer das Wort zum Geschäfts- und Kassenbericht. Redner stellt in bezug auf die Mitgliederbewegung fest, daß vom 1. Januar 1912 bis 31. Dezember sich die diesbezügliche Ziffer von 514 auf 544 gehoben hat. Diese Ziffer wäre noch günstiger, wenn die Arbeiter des Kgl. Hofgartens in der Organisation standgehalten hätten. Nachdem für dieselben auf den ersten Anlauf nicht die gewünschte Lohnerhöhung erreicht werden konnte, sind sie dem Verbande wieder fahnenflüchtig geworden. Die von dem damaligen Verband durchgeführte Verbandsreform, die zur selbständigen Gründung unseres jetzigen Berufsverbandes führte, wurde seitens der Mitglieder günstig aufgenommen. Durch die Anstellung eines Lokalbeamten wurde einem dringenden Bedürfnis der Mitglieder Rechnung getragen. Ebenso wurde es begrüßt, daß Koll. Weizler dem neuen Verbande als Bezirksleiter erhalten blieb. An Versammlungen wurden abgehalten 10 Monats- und 14 Betriebsversammlungen, 4 engere und 9 erweiterte Ausschusssitzungen. Die Kor-

respondenz betrug 353 Ein- und 413 Ausläufe. An den Magistrat, Gemeindefinanzamt und die Betriebsvorstände wurde eine große Anzahl Eingaben teils allgemeiner, teils persönlicher Natur eingereicht. Darunter eine Vorlage betreffs Veränderung der Arbeitsordnung und Erhöhung der Löhne. Während letztere von teilweise erfolgreichem Erfolg bezgl. Lohnerhöhung für die Mitglieder begleitet war, lehnte der Magistrat die von allen Organisationen gemeinsam gemachte Tarifvorlage bezüglich Abschlußes eines Tarifvertrages ab. Der Rechenschaftsbericht schließt mit folgenden Ziffern ab: Einnahmen für die Hauptkasse 11 124.15 M., Ausgaben 7654.32 M. An die Hauptkasse wurde in Bar 3569.83 Mark abgeliefert. Die Lokalkasse hat an Einnahmen 3801.70 M., an Ausgaben 2979.87 M. zu verzeichnen. Das Vermögen derselben beträgt zur Zeit 3010.83 Mark. Ausbezahlt wurde an Unterstützung für die Münchener Kollegen: Krankengeld 2863 M., Arbeitslosenunterstützung 123 M., Sterbegeld 615 M. und für Rechtschutz 181.50 M., in Summa 3783.05 Mark. Außerdem wurden aus der Lokalkasse noch 153 M. an freiwilligen Unterstützungen gewährt. Dem Kollegen Girschauer, wie dem vormaligen Kassierer Kollegen Rupp wurde für ihre Tätigkeit der beste Dank ausgesprochen. Nachdem die Vorstandswahl getätigt, erinnerte Kollege Girschauer in seinem Schlußworte an den ungleich schwierigen Kampf mit unserem Gegner in München, dem sozialdemokratischen Gemeindearbeiterverband, dem die verwerflichsten Mittel in der Herabsetzung unseres Verbandes gerade gut genug sind. Dieses erfordert nach wie vor ein Zusammenwirken aller Kräfte. Damit fand die imposant verlaufene Generalversammlung einen würdigen Abschluß.

München. (Genossen Gehalts Glück und Ende bei den Theaterarbeitern. Im Juli 1910 wiederholte folgende Notiz den sozialistischen Blätterwald: Eine ganze Ortsgruppe des christlichen Staats- und Gemeindearbeiterverbandes zu den freien Gewerkschaften übergetreten. Der Sachverhalt war folgender: Die Theaterarbeiter des Gärtnertheaters, wie auch jene des Schauspielhauses und des Kgl. Hoftheaters waren schon 1898 als Sektionen des Vereins Arbeiterschutz der christlichen Arbeiterbewegung als lokale Organisation angeschlossen. Schon in den ersten Anfängen der Organisation wurden für die Arbeiter des Gärtnertheaters Erfolge erzielt, in einer Zeit, wo die ungelerten Arbeiter noch Löhne bis zu 2 Mark, Handwerker nicht über 3 Mark hatten. Durch diesen Erfolg wurden auch bald die Arbeiter des Kgl. Hoftheaters und später die des Schauspielhauses gewonnen. Im Jahre 1905 wurde auch für die Arbeiter des Kgl. Hoftheaters ein Erfolg erzielt, der einer von unserem vormaligen Verbands eingereichten Petition an die Intendanz dieses Theaters zu verdanken war. Durch die Agitation des sozialdemokratischen Verbandes der Bühnenarbeiter (der seine Existenz wieder aufgeben mußte) wurde eine Zerspaltung unter die Arbeiter getragen, wonach das Interesse der Bewegung infolge der sozialistischen Parteicheie den Arbeitern verloren ging.

Die Arbeiter des Gärtnertheaters und Schauspielhauses hielten aber stand, sodaß es möglich war, 1905 den ersten Tarifvertrag für diese Arbeiter am Gewerbebezirk abzuschließen, der der erste für Theaterarbeiter in Deutschland war. Dieser Tarif wurde 1909 erneuert, wonach für 23 Arbeiter eine Lohnerhöhung von 2500 Mark erzielt wurde. Die Lohnerhöhung betrug für die einzelnen Arbeiter 60 bis 240 Mark pro Jahr. Das Urlaubswesen, Bezahlung der Ueberstunden, Sonntagsnachmittags und Extravorstellungen wurde tariflich geregelt. Die Organisation hatte Verpflichtungen für die richtige Ausübung des Dienstes der Arbeiter gegen Konventionalstrafe durch Einlage einer Kaution bei der Direktion übernommen. Dieser Tarif wurde in einem Artikel der Münchener Neueste Nachrichten von Gewerbebericht Dr. Brenner in München als ideal und mustergiltig bezeichnet.

Nach dem Abschluß 1909 gab es unter den Arbeitern immer noch welche, die niemals zu befriedigen sind und es begann eine Nörgerei gegen den Verband. Eine Anzahl Mitglieder hielten es nur nach außen hin mit der Zugehörigkeit zu unserem Verbande, während sie nach innen sozialistische Drahtzieher waren und nur den Moment abwarteten, wo sich der Anschluß an einen toten Verband am besten vollziehen läßt. Die sozialistischen Elemente waren in der Schneider- und Schreinerwerkstätte zu suchen und auffälligerweise waren jene Leute die größten Heher, die bei der Lohnerbewegung 1909 durchwegs pro Monat 20 Mark Lohnerhöhung erhielten. Diese Leute hatten auch die vorgeschriebenen Posten in der Ortsgruppe und künimerten sich nach dem Abschluß 1909 wenig um die Organisation mit dem Vorwande, es seien keine Versammlungen mehr nötig, da durch den Tarif doch alles in Ordnung ist und sie sonst nichts wissen bräuchten. Stattdessen arbeiteten die sozialistischen Drahtzieher hinterum bis sie den Weg zu dem sozialdemokratischen Gemeindearbeiterverband gefunden hatten. Nun begann eine neue Ära für die Theaterarbeiter, über den schlechten Tarif der Christlichen loszugreifen und den Arbeitern Versprechungen zu machen, daß die „Gunterlöhne“ (bet 7-stündiger

Arbeitszeit bis zu 150 Mk. pro Monat) um 30 Prozent aufgebessert werden müßten. Eine solche Phrase, das war die richtige Kost für die Theaterarbeiter in den Versammlungen, da gab es Beifall, der billig ergattert war. Mit großer Erwartung neigte der von den Christlichen abgeschlossene Tarif seinem Abhaufe entgegen und das größte Genie des roten Gemeindearbeiterverbandes, Genosse Sebald leitete die Bewegung mit seinem selbherrnmäßigen Talent ein, bei dem als Parole gegenüber dem Direktor Stollberg der Schlachtruf: Wiegen oder brechen, ausgegeben worden sein soll. Bald konnte man in der Münchener Tagespresse folgendes lesen:

Das technische Personal der vereinigten Theater (Schauspielhaus und Gärtner-Platz) ist zu 100 Prozent im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert. Der mit den Direktoren Stollberg und Schmeiderer seit vier Jahren bestehende Tarifvertrag wurde nun vom Verband zum 15. Dezember gekündigt und gleichzeitig ein neuer Tarifentwurf eingereicht. Zu Verhandlungen über diesen Entwurf war auf Freitag vormittag Termin am Einigungsamt unter dem Vorsitz des Gewerberichters D. Lieb anberaumt. Die anwesenden Direktoren Stollberg und Schmeiderer gaben die Erklärung ab, daß sie es ablehnen, mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Unterhandlungen einzutreten, daß sie jedoch bereit sind, mit einer aus den Reihen ihrer Arbeiter gewählten Bohntommission bzw. mit dem Arbeiterausschuß zu verhandeln. Ihren Standpunkt begründeten sie damit, daß bei der Eigenart des Theaterbetriebes auch nur Fachleute in der Lage seien, sachgemäß zu unterhandeln. Außerdem könnten sie sich das Vorgehen des Verbandes nicht bieten lassen. Als sie nämlich den Arbeiterausschuß zu einer informativischen Besprechung eingeladen hätten, sei ihnen von der Verbandsleitung ein schroffes Schreiben zugegangen, in dem ihnen u. a. das Recht, mit ihren Arbeitern zu verhandeln, abgesprochen wurde und in dem ferner gesagt war, es scheine, daß die Direktion Zwiespalt in das Personal tragen wolle. Demgegenüber müsse doch konstatiert werden, daß es stets das eifrige Bestreben der Direktion gewesen sei, mit dem Personal ein gutes Verhältnis herzustellen, was ihr auch stets geglückt sei. Der Vorsitzende legte schließlich den Direktoren nahe, in Verhandlungen einzutreten, und zwar mit der Organisation, zumal ja auch der letzte Tarifvertrag mit dieser abgeschlossen war. Nach langer Debatte erklärten die beiden Direktoren, von ihrem Standpunkt nicht abgehen zu können. Damit wurden die Verhandlungen resultatlos abgebrochen.

Hier ist insbesondere interessant, daß zu lesen ist, daß die Direktion jede Verhandlung mit dem roten Verbands (Lies Genossen Sebald) ablehnte. Das muß um so mehr wundern, daß dieselbe Direktion früher mit dem christlichen Verbands verhandelte. Man braucht deshalb aber nicht urteilen, daß dieselbe Direktion aus reaktionären Gründen die Verhandlungen mit dem roten Verbands ablehnte. Der Grund des Verhaltens der Direktion war, und wie der Einsender behauptet, lediglich nur der Schuld des Genossen Sebald zuzuschreiben. Dieser richtete in seinem Machtdünkel und seiner Aufgeblasenheit ein Schreiben an die Direktion, auf das hin sich dieselbe jeden weiteren Verkehr mit Genossen Sebald verboten hatte. Dadurch ist die Bewegung in sich zusammengebrochen und die Arbeiter mußten sich auf Gnade und Ungnade mit einer Lohnerhöhung von 7 Prozent ergeben. Verlangt hat Sebald Lohnerhöhungen von 30 bis 35 Mk. pro Monat.

In einer Versammlung, in die sich Sebald nicht mehr wagte, soll es böse Verwünschungen gehagelt haben. Viele Theaterarbeiter sind aus dem Hoffnungsrausch wieder in eine nüchterne Stimmung gekommen, und meinten, so miserabel hätten wir nicht abgeschnitten, wenn die Christlichen unsere Bewegung geführt hätten. Die Theaterarbeiter mögen sich bei den sozialistischen Drahtziehern des Gärtnertheaters bedanken, denen es doch mehr um die Interessen der sozialdemokratischen Partei als um die Interessen der Arbeiter zu tun war.

Was hat Genosse Sebald erreicht? Er hat das Tarifgebäude für die Theaterarbeiter in München, das die christliche Organisation aufbaute, durch seine Taktlosigkeit gegenüber der Direktion zerschlagen.

Er hat seine eigene Organisation dadurch zertrümmert, denn die Arbeiter des Gärtnertheaters, des Schauspielhauses und des Hoftheaters hat eine panikartige Flucht vor dem roten Gemeindearbeiterverband ergriffen, Wer hätte es nach dem großen Geschrei der sozialdemokratischen Presse Mitte 1910 geglaubt, daß die dem christlichen Verbands angehörenden Theaterarbeiter ihrem organisatorischen Ruin entgegengeführt werden. Mögen die Theaterarbeiter aus diesem Vorgange die richtige Lehre ziehen, die ist, daß sie den Weg wieder zu finden möchten zu jener Bewegung, die ihnen schon 15 Jahre Erfolg brachte, und die ihnen den Weg zum Tarifvertrag ebnete. Diese Bewegung ist in unserem Verbands gegeben, darum Theaterarbeiter, auf zur neuen Arbeit im Zentralverband der Gemeindearbeiter Deutschlands, auf zu neuen Erfolgen.

Hannover. Unsere diesjährige Generalversammlung, zugleich unsere erste Versammlung im Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner fand am 26. Januar statt und befaßte sich mit der für Generalversammlungen üblichen Tagesordnung, welches da sind: Geschäftsberichte, Vorstandswahl usw. Dieselbe wurde eröffnet und geleitet vom Koll. R. Böfefe. Derselbe gab in seinem Tätigkeits-Bericht einen Rückblick auf das verflossene Jahr, hob nochmals die wichtigsten Punkte hervor, mit denen sich die im abgelaufenen Jahr stattgefundenen 10 Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen befaßten, bedauert aber auch zugleich, daß von Seiten so mancher Mitglieder der Versammlungs-Besuch so manches zu wünschen übrig lasse. Das wichtigste Ereignis für uns, die Trennung des Altes und Schaffung des jetzigen Verbandes hob er in gebührender Weise hervor, hoffend, daß unserer Bewegung aus der vollbrachten, Tat reicher Nutzen ersprießen möge.

Den Kassen-Bericht gab in zufriedenstellender Weise Koll. Wulf und, nachdem sich noch die beiden Revisoren über die Wichtigkeit der Kassenführung ausgesprochen, wurde dem Kollegen einstimmig Entlastung erteilt.

In Punkt Verschiedenes wurden zunächst die Beziehungen zum Ortskartell besprochen und alsdann unser neues Verbandsstatut, welches auch wieder manche Neuerung bringt. Hierauf nahm der 1. Vorsitzende nochmals Gelegenheit, einen warmen Appell an die Mitglieder zu richten, dieselben aufzumuntern, jetzt die neue geschaffene Lage auszunutzen und mit großem Idealismus Opferwilligkeit für die Ausbreitung des Organisationsgedankens einzutreten; den Freunden zum Schutz, den Feinden zum Trutz.

Möge aber auch in den Reihen unserer Straßenbahner, denen bis jetzt hier in Punkto Organisation schwere Fesseln gelegt sind, die Einsicht kommen, daß ihr Platz im neuen Verbands ist; anderseits aber auch manche der Herren Arbeitgeber zu der Ueberzeugung kommen, daß es doch besser ist, an Stelle des Herrn-im-Hause-Standpunkts mit einer Organisation sich abzufinden, die den Kampf nicht um des Kampfes willen führt, sondern die bereit ist, heute am Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung mitzuarbeiten, zum Wohle der Allgemeinheit.

Bonn (Städtische Arbeiter.) Eine stark besuchte Versammlung für die Arbeiter der Stadt Bonn tagte am Freitag, den 11. Febr. im Viktoria-Saal. Bezirksleiter Kollege Krumbke berichtete kurz über den Verlauf und die Aussichten unserer im Oktober 1912 der Stadtverwaltung unterbreiteten Eingabe betr. Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter. Er war der Ansicht, die Arbeiterschaft sei mit ihren Wünschen durchaus versehen gewesen. Diese Wünsche hätten sich im Rahmen des unbedingt Notwendigen und Berechtigten gehalten. Man habe daher eine baldige entgegenkommende Antwort erwarten können. In dieser Erwartung sei man jedoch getäuscht worden. In einem vom 14. Januar ds. Jhs. datierten Schreiben habe die Stadtverwaltung erklärt, daß sie es vorziehe, die die Arbeiterschaft betr. Angelegenheiten mit dieser selbst zu regeln. Eine solche Antwort könne man heutzutage nicht mehr recht verstehen. In einer Zeit, wo alle Berufsstände sich zu gemeinsamer Interessensvertretung in Berufsorganisationen zusammenfinden, sollte auch eine Stadtverwaltung sich nicht mehr weigern, nicht nur die Arbeiterorganisationen anzuerkennen, sondern auch zur einfacheren und glatteren Abwicklung der Verhandlungen diese mit den Vertretern der Organisationen zu führen. Wenn man dies bei anderen Korporationen, wie Innungen, Handelskammer oder sonstigen Berufsvereinen könne, warum denn gerade bei den Arbeiterorganisationen nicht. Stellt doch der Arbeiterstand (mit Familien) einen erheblichen Teil, fast ein Drittel des deutschen Volkes dar. Ist denn für diesen großen Volksteil ein anderes Recht geltend, als für die übrigen Berufsstände? Hoffentlich werde sich die Bonner Stadtverwaltung mit der Zeit eines Besseren besinnen. Auch manche andere Verwaltungen seien schon zu der Erkenntnis gekommen, daß die Arbeiterorganisationen wohl in erster Linie dazu berufen seien, für Gehung und Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter einzutreten, daß sie aber ebenso bestrebt seien, die Arbeiterschaft zur Berufstüchtigkeit, Arbeitsfreudigkeit und strenger Pflichterfüllung zu erziehen. Auch die Stadt Bonn habe ein Interesse daran, über einen solch tüchtigen Arbeiterstand zu verfügen. Hoffentlich würden die in der Eingabe niedergelegten und als berechtigt anerkannten Wünsche bald erledigt werden. Um so früher aber würde dies geschehen, je einiger und geschlossener die städtischen Arbeiter immer wieder auf Erfüllung derselben drängten.

In der folgenden recht lebhaften Diskussion betonte besonders Herr Stadtverordneter Wellmann, daß die Stadtverwaltung sich den durchaus berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft auf die Dauer nicht verschließen könne, wenn es die Arbeiterschaft nur verstände, dieselben in der richtigen Weise zu vertreten. Wenn

die Erledigung der Wünsche etwas länger dauere, so dürfe man deshalb nicht mutlos werden, man müsse vielmehr immer und immer wieder einig und geschlossen die Wünsche vorbringen. Auch die städtische Arbeiterschaft müsse ihren Stolz darein setzen, an der der rüstig voranschreitenden Erstarkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Bonn eifrig mitzuarbeiten, denn gerade diese Bewegung habe zur Hebung des Arbeiterstandes das Meiste beizutragen.

Mülheim Rh. In letzter Zeit schrieb die rote Parteipresse und die „Gewerkschaft“ über die Ausschusßwahlen in den städtischen Betrieben. „Die freien Gewerkschaften sind nicht unterzukriegen, das werden die Arbeiter bei den Ausschusßwahlen beweisen“. Nun haben die Wahlen stattgefunden, aber der Ausfall ist ein anderer, als wie die Herren Genossen es wünschen. Während die Kandidaten unseres Verbandes mit 174 Stimmen gewählt wurden, erhielt die gemeinsame Liste des roten Transport- und Gemeindegewerkschaftsverbandes 53 Stimmen. Von 20 zu wählenden Vertretern entfielen 10 Mitglieder und 8 Ersatzmänner auf unseren Verband, während die Genossen sich mit einem einzigen Ersatzmann begnügen mußten. Ein weiterer Ersatzmann fiel ihnen nur zufällig durch das Los zu.

Also vorläufig ist es mit der Abrechnung mit dem christlichen Verbands nichts geworden. Dem ist auch gut so, denn die Interessenvertretung der Arbeiter im Ausschusß hängt weniger vom weiten Mundaufreißen, wie von einem vernünftigen Vorgehen ab. In ersterem, das muß ihnen der Neid lassen, sind uns die Genossen weit überlegen, wie ihre Großmüdigkeit vor der Wahl wohl zur Genüge gezeigt hat.

Nibling (Flußbauarbeiter). Sonntag, den 9. Februar hielten wir im Dinslbräu unsere 1. Generalversammlung ab. Als Referent war Koll. Hirschauer aus München erschienen, der uns in ausführlicher Weise aufklärte über die Beschlüsse des bayerischen Landtages betreffs der Aufbesserung der Flußbauarbeiter in den Staatsbetrieben und konstatierte, daß in den einzelnen Flußbauämtern die Aufbesserung in der Höhe, wie der Landtag beschlossen hat, die Arbeiter nicht erhalten haben. Am den Arbeitern diese Aufbesserung vom 20. ds. zu erringen, müssen die Arbeiterausschüsse Stellung hierzu nehmen. Unser Verband aber wird bei der vorgesetzten Behörde seinen ganzen Einfluß aufwenden, damit die Flußbauarbeiter baldigt in den Genuß dieser vollen Aufbesserung gelangen werden. Es liegt im Interesse der Flußbauarbeiter, daß auch die periodischen Aufbesserungen wie bei den übrigen staatlichen Arbeitern, ebenso auch die Einführung von Urlaubsgewährung, für dieselben von größter Notwendigkeit sind, baldigt zur Genehmigung und aber auch zur vollen Durchführung gelangen möchten. Mit der Versicherung, daß unser Verband mit voller Kraft für die Flußbauarbeiter auch in Zukunft eintreten wird, schloß der Referent seine Ausführungen unter kräftigstem Beifall der Versammlung. Hierauf wurde der Geschäfts- und Massenbericht erstattet. Hieraus konnte man entnehmen, daß die erst seit einem halben Jahre bestehende Ortsgruppe von 10 Mitgliedern bis zur Generalversammlung auf 23 Kollegen gestiegen ist. Dem Kassierer Seidl wurde Decharge erteilt, da die Kasse in ordentlichem Zustande von den Revisoren befunden wurde.

Wiesbaden. Eine der vielen Schwierigkeiten, denen man bei der Agitation unter der Arbeiterschaft der städtischen Betriebe begegnet, besteht in der der Meinung dieser Leute, ihr Arbeitsverhältnis sei ein dauerndes, sicheres. Sie glauben deshalb vielfach, die Gewerkschaftsbewegung besser als die Arbeiter der Privatbetriebe entbehren zu können. Einen interessanten Beweis dafür, wie irrig diese Ansicht ist, bringt uns eine Betrachtung über den Arbeiterwechsel in den Betrieben der Großstadt Wiesbaden. In sämtlichen Betrieben dieser Stadt wurden am 1. Jan. 1911 insgesamt 1181, am Schlusse desselben Jahres 1207 Arbeiter beschäftigt. Im Laufe des Jahres wurden 1449 Arbeiter neu eingestellt, und 1423 traten aus. Von letzteren traten 321 freiwillig aus, 582 wegen Krankheit und 520 wurden aus anderen Gründen entlassen. Also traten noch 216 Mann mehr als der volle Arbeiterbestand der Stadt beizug, ein und wieder aus, und das innerhalb eines einzigen Jahres. In ganz besonders krasser Weise tritt der Wechsel unter den Arbeitern der dem Stadtbauamt unterstellten Betriebe in die Erscheinung. Die der Hochbaudeputation unterstellten Gruppen wichen einen Bestand von 207 Arbeitern auf. Neueingestellt wurden hier 279 Arbeiter, 269 traten im Laufe des Jahres wieder aus. Bei der Straßenreinigung waren zusammen 149 Arbeiter beschäftigt. Im Laufe des Jahres wurden 131 Leute neu eingestellt und 131 verließen den Dienst wieder, davon 107 wegen Krankheit. Bei der Gartenverwaltung, die insgesamt 134 Leute beschäftigte, wurden sogar 291 neu eingestellt und 285 traten wieder aus. Also betrug hier die Zahl der neu Eingestellten, wie auch der Ausgeschiedenen mehr wie das Doppelte der in dem betr. Betriebe Beschäftigten. Insgesamt waren am 1. Januar 1912 in den dem Stadtbauamt unterstellten Betrieben 620 Arbeiter-

beschäftigt. 982 wurden im Laufe des Jahres 1911 neu eingestellt, und 985 traten wieder aus. Von diesen 983 Arbeitern traten 186 freiwillig, 450 wegen Krankheit aus, und 317 wurden aus anderen Gründen entlassen. Wenn der Wechsel auch in einigen Arbeitergruppen etwas geringer ist, so müssen doch die Zahlen von 1449 neu Eingestellten und 1423 Ausgetretenen bei einem Gesamtarbeiterbestand von nur 1207 Arbeitern als bedenklich hohe bezeichnet werden. Ein solcher Wechsel unter der Arbeiterschaft einer Großstadt wie Wiesbaden bringt uns aber den besten Beweis, daß es mit der Sicherheit des Arbeitsverhältnisses in manchen städt. Betrieben noch nicht weit her ist. Wenn es hier und da in einzelnen Städten in dieser Beziehung allmählich besser wird, so verdanken wir das letzten Endes in der Hauptsache dem Einfluß der Gewerkschaftsbewegung. Und auch in Wiesbaden werden die Verhältnisse nicht nur in dieser Beziehung, sondern die Lohn- und Arbeitsverhältnisse überhaupt nicht eher besser, bis die Arbeiterschaft der städtischen Betriebe sich aufrafft, und durch Zusammenschluß in der Berufsorganisation der Stadtverwaltung dort, wo dies noch fehlt, in etwa soziales Verständnis beibringt.

Man kann es ja schließlich verstehen, wenn einzelne Arbeiter der Gewerkschaftsbewegung etwas mißtrauisch gegenüberstehen. Sehen wir doch, daß die Genossen zum Zwecke des Mitgliederzuges recht große Versprechungen machen, dazu recht radikale Töne gegenüber den Verwaltungen anschlagen. Aber mit beidem ist unsern Kollegen nicht gebient. Erstens muß den Kollegen gesagt werden, daß nicht in dem Augenblick, wo sie sich dem Verbands anschließen, nun ohne weiteres alle ihre Wünsche erfüllt sind. Dazu bedarf es oft langer, eifriger, gewerkschaftlicher Arbeit. Erst wenn die Kollegen dies einsehen, werden ihre Wünsche eben auf Grund dieser Gewerkschaftsarbeit erfüllt werden. Auch kommt es nicht darauf an, den Verwaltungen gegenüber recht radikal aufzutreten, dadurch wird vielmehr in den meisten Fällen die Arbeiterschaft geschädigt und der Weg zu ruhiger, sachlicher Verständigung erschwert.

Wollen die Kollegen in den städtischen Betrieben aber endlich zu besseren Verhältnissen kommen, so dürfen sie nicht länger abseitsstehen. Sehen sie aber, daß durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften eben durch ihre falsche Taktik die Interessen der Arbeiter nur geschädigt werden, dann müssen sie durch Beitritt zur christlichen Organisation diesem arbeiterschädigenden Treiben von jener Seite einen möglichst starken Damm entgegensetzen. Der richtige Platz für die Arbeiterschaft der städt. und Gemeindebetriebe ist im Zentralverbande der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands.

Verbandsnachrichten.

Kollegen! Mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der Zeitung ist der 9. Wochenbeitrag fällig.

Den Ortsgruppen diene zur Nachricht, daß die Hauptgeschäftsstelle am 1. April nach dem neuen Verwaltungsgebäude der christlichen Gewerkschaften verlegt wird. Die vielfach gewünschten Briefumschläge mit Ausdruck können daher noch nicht angefertigt werden.

Die Beschaffung von Protokollbüchern unterliegt den Ortsgruppen selbst.

Sämtliche Zuschriften an die Hauptgeschäftsstelle sind neben der Unterschrift mit der genauen Adresse des Absenders zu versehen.

Der Zentralvorstand.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Krankentagg in Aachen.

Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften für Aachen und Umgegend hatte in Verbindung mit der Arbeitervertretervereinigung und dem Ausschusß für soziale Angelegenheiten am 16. Februar, morgens 10 $\frac{1}{2}$ Uhr im Prinzenhof in Aachen einen Krankentagg für den Regierungsbezirk Aachen einberufen. Alle Krankenkassen des Bezirks waren vertreten, auch die eingeladenen Gäste und sonst Interessierte waren zahlreich erschienen, sodaß der Saal im Prinzenhof bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Nachdem der Vorsitzende Kollege Ewald Weber die Anwesenden begrüßt und den Zweck der Tagung erläutert hatte, erteilte er das Wort dem Reichstagsabgeordneten Kollegen Joh. Becker-Urnberg, welcher in beifällig aufgenommenem Vortrage die Situation unserer Krankenkassen nach dem Wortlaute der neuen Reichsversicherungsordnung schilderte. Diejenigen Punkte, Erweiterung des Versicherungskreises (7 000 000 neue Versicherte), erheblich verbesserte Kassenleistungen, das neu geregelte Verhältnis zu den Ärzten nach § 170 des Gesetzes und die gesetzlichen Bestimmungen über Abgrenzung und Zentralisation der Krankenkassen hob der Redner besonders hervor, sodaß über diese Fragen Klarheit geschaffen wurde.

Darnach bekam Gesamtverbandssekretär Kollege Friß Balkusch-Köln das Wort, um durch ein überzeugendes Referat die Notwendigkeit des neu gegründeten Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen und den Anschluß an denselben zu begründen.

Dieser Verband zählt jetzt schon nahezu 1/2 Million Mitglieder, damit ist seine Existenzberechtigung gegeben, insbesondere wo noch 12 Millionen Versicherte zu umfassen sind. Derselbe steht auf nationalem Boden und umfaßt die Vertreter aller bürgerlichen Parteien, auch der Vorstand ist so zusammengesetzt. Das Organ, „Die Krankenversicherung“, dem tüchtige Fachmänner als Mitarbeiter zur Seite stehen, erscheint seit dem 1. Januar 1913 und kann nicht warm genug empfohlen werden. Aufbau, Ziel und Zweck des neugegründeten Verbandes garantieren demselben eine Zukunft, vorausgesetzt, daß alle Krankenkassen, die bis jetzt noch eine abwartende Stellung eingenommen haben, ihren Anschluß perfekt machen. Wenn auf der andern Seite Ärzte, Apotheker, Drogenhändler, Dentisten, Bahntechniker usw. über starke Organisation verfügen, so ist das für die Krankenkassen eine selbstverständliche Pflicht, besonders wo der Anschluß pro Kopf und Jahr nur 1 Pfg. kostet. Augenblicklich sind ja im Frähdorfschen Verbands, der wegen seinem sozialdemokratischen Charakter ziemlich einflußlos geworden, 4 1/2 Millionen und in dem Betriebskrankenkassenverbande 2 Millionen Versicherte zusammengeschlossen. Mindestens 12 Millionen stehen noch abseits, das ist das Arbeitsfeld des neugegründeten Verbandes, der seinen Sitz in Essen und seine Geschäftsstelle in Köln, Eintrachtstr. 147 hat.

Nachdem der Vorsitzende unter dem Beifall der Versammlung den Rednern gedankt, und eine rege Diskussion stattgefunden, sprach Reichstagsabgeordneter Kollege Joh. Becker das Schlusswort. Die Tagung schloß mit dem Danke des Vorsitzenden an die Anwesenden und mit dem Wunsche, die gegebenen Anregungen zu Gunsten der Versicherten in die Tat umzusetzen.

Die Sozialdemokratie ein Hemmnis für den sozialen Fortschritt. Bei der Debatte über das Koalitionsrecht der Arbeiter im deutschen Reichstag schrieb der Staatssekretär Dr. Delbrück den Genossen ins Stammbuch: „Wenn dieser Ruf nach einer Beschränkung der Koalitionsfreiheit immer stärker wird“, so hielt er den Sozialdemokraten vor, „dann haben Sie (zu den Sozialdemokraten) vor allem die Schuld daran! Wenn Sie nicht, was Sie bei Ihrer wunderbaren Disziplin hätten verhindern können, den Streik in einer Form betrieben hätten, der alle Grenzen überschreitet, wenn Sie nicht die Freiheit anderer anzutasten gewagt, und zahlreiche Konflikte mit dem Strafgesetzbuch herbeigeführt hätten, dann würde kein Mensch in diesem Hause auf den Gedanken kommen, die Koalitionsfreiheit zu beschränken. Es ist das einer der Fälle, in denen man mit Fug und Recht behaupten kann, daß das größte Hindernis für eine gesunde und normale Fortführung unserer Sozialpolitik bei Ihnen liegt.“

Große Arbeitervertretertagungen der auf christlich-nationalem Boden stehenden Arbeitervertreter in den gesetzlichen Einrichtungen. In den nächsten Wochen finden zunächst in Westdeutschland sechs große Tagungen der Krankenkassenvorstände und -Vertreter, sowie der Beisitzer an den Versicherungsämtern (unteren Verwaltungsbehörden) und Oberversicherungsämtern (Schiedsgerichten), sowie der Kartell- und Zahlstellenvorstände und Arbeitervereinsleitungen statt. Die Tagungen werden vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften veranstaltet. Die Tagesordnung auf allen Tagungen lautet:

1. Die Wahlen zu den Organen der Arbeiterversicherung und der Aufbau derselben nach der neuen Reichsversicherungsordnung; Vortragender: Reichstagsabgeordneter F. Becker-Berlin-Steglitz.

2. „Die Praxis der Arbeitervertreter vor den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern, unter Würdigung der wichtigsten materiellen Gesetzesänderungen“; Vortragender: Herr Volksbürovorsteher G. Dieck-M.-Gladbach und Arbeitersekretär G. Albersmann-Hagen.

3. Aussprache.

Die Tagungen finden nach folgendem Plane statt: Am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr im Paulushaus; am 2. März (immer Sonntags und von 1 1/2 Uhr ab) in Essen-Muhr; am 9. März in Gelsenkirchen; am 6. April in Dortmund; am 13. April in Köln und am 20. April in Duisburg. Die Lokale werden in nächster Zeit bekannt gemacht. An die Gewerkschaftsfunktionäre, Arbeitersekretäre, Kartell- und Zahlstellen-Vorstände, sowie an die Leitungen der konfessionellen Arbeitervereine ergeht die Bitte, für zahlreichen Besuch von geeigneten Persönlichkeiten zu diesen Arbeitervertreter-Tagungen Sorge zu tragen. Die Veranstaltungen beginnen, wie mitgeteilt, mittags 1 1/2 Uhr und enden abends so frühzeitig, daß auch den auswärtigen Arbeitervertretern Gelegenheit gegeben ist, daran teilzunehmen.

Internationale Gewerkschaftsbewegung. Nach dem Jahresbericht des (sozialdemokratischen) Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen für das Jahr 1911 wurden in den europäischen Ländern und Vereinigten Staaten Nordamerikas insgesamt 11 435 498 Gewerkschaftsmitglieder ermittelt, gegen 9 905 189 im Jahre vorher. Auf Genauigkeit können diese Zahlen allerdings keinen Anspruch erheben. Eine Uebersicht über die Stärke der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern bietet folgende Zusammenstellung. — Es wurden Mitglieder gezählt in:

| | | |
|-------------------------|-----------|----------------------|
| 1. England | 2 440 723 | 3 010 346 |
| 2. Frankreich | 977 350 | 1 029 238 |
| 3. Belgien | 138 928 | 92 735 |
| 4. Niederlande | 143 850 | 153 589 |
| 5. Dänemark | 123 864 | 128 224 |
| 6. Schweden | 121 180 | 116 500 |
| 7. Norwegen | 47 453 | 53 830 |
| 8. Finnland | 24 928 | 19 640 |
| 9. Deutschland | 2 688 144 | 3 061 002 |
| 10. Oesterreich | 451 232 | 496 263 |
| 11. Bosnien-Herzogewina | 6 269 | 5 587 |
| 12. Kroazien-Slawonien | 6 805 | 8 504 |
| 13. Ungarn | 86 778 | 95 180 |
| 14. Serbien | 7 418 | 8 337 |
| 15. Rumänien | 8 515 | 6 000 |
| Bulgarien | 3 000 | — |
| 16. Schweiz | 93 797 | 78 119 |
| 17. Italien | 783 538 | 709 943 |
| 18. Spanien | 40 984 | 80 000 |
| 19. Vereinigte Staaten | 1 710 433 | 2 282 361 |
| Zusammen | | 9 905 189 11 435 498 |

In der Spitze steht demgemäß Deutschland, dann folgen England und Nordamerika. Von der Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder sind 6 900 000 dem vorerwähnten sozialistischen Sekretariat angeschlossen, in Deutschland 2 339 000. Die christlichen Gewerkschaften haben bekanntlich ein eigenes internationales Sekretariat mit dem Sitz in Köln errichtet, dem außer den christlichen Berufsorganisationen Deutschlands die in Holland, Belgien, Italien, Oesterreich und der Schweiz angeschlossen sind.

Die Arbeit in den Parlamenten ist in vollem Fluß und die Arbeiterfrage nimmt darin einen breiten Raum ein. Längst ist die Zeit vorüber, wo die Sozialdemokratie allein Abgeordnete aus dem Arbeiterstand stellte. Von manchen anderen Parteien aus wird tatkräftig auf Förderung der Arbeiterwünsche hingearbeitet und die die christlich-nationale Arbeiterbewegung, die bekanntlich Abgeordnete bei den Christlich-Sozialen, Zentrum und bei den National-Liberalen hat, zeigt ihre Bedeutung in jedem Reichstagswinter. So wurden jüngst im Reichstag Entschlüsse zu Gunsten des gesetzlichen Ausbaues des Tarifvertrages, auf Schaffung von Arbeitskammern, auf Ausgestaltung von Titel 7 der Gewerbeordnung zu einem besonderen Arbeitsrecht angenommen, während ein Versuch, auch das friedliche Streikpostenstehen zu verbieten, vom Reichstag mit 282 gegen 52 Stimmen, also mit überwältigender Mehrheit, abgelehnt wurde. Eine besondere Genugtuung ist es, daß jetzt Preußen an die Regelung des Wohnungswesens herangeht und die bestehenden schweren Mißstände in der Begründung seines Gesetzentwurfes, also amtlich, anerkennt. In der Begründung heißt es ganz allgemein über unsere Industriegebiete: „Ein erheblicher Teil der Bevölkerung wohnt hier in Kämnen, die aufs äußerste beschränkt und von denjenigen anderer Hausaltungen nicht in einer den Anforderungen des Familienlebens und der Hygiene entsprechenden Weise getrennt sind. Die Kleinwohnungen sind vielfach nach Lage und baulicher Beschaffenheit unbefriedigend, zum Teil in gesundheitlicher Beziehung zum dauernden Aufenthalt von Menschen überhaupt nicht geeignet. Dabei sind die Wohnungen zum erheblichen Teil überfüllt, auch werden in ihnen zugleich vielfach in weitgehendem Maße fremde, nicht zur Familie gehörige Personen untergebracht, sodaß weder den Rücksichten der Gesundheit noch Sittlichkeit, nach dem Erfordernis der Aufrechterhaltung des Familienlebens in ausreichender Weise Rechnung getragen ist.“ Das ist in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung seit vielen Jahren wieder und wieder behauptet worden. Möchte der kommende Herbst endlich ein wirksames Eingreifen des preussischen Staates und zugleich des Reiches bringen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Nachklänge zur Bewegung der Saarbergarbeiter. In der sozialdemokratischen Presse außerhalb des Saarreviers wird die seit Wochen gegen den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter betriebene Hege jetzt damit verzuckert, daß von großen Erfolgen der sozialdemokratischen Richtung im Saargebiet berichtet wird; natürlich auf Kosten des christlichen Gewerkvereins, sonst wäre der Triumph ja nicht vollständig. Die Blätter der Berliner Fachabteilungen haben diese Meldungen der sozialdemokratischen Presse geflissentlich — mit den nötigen Randglossen versehen — weiter verbreitet. Man merkt die Absicht, ohne verstimmt zu werden, weil man es von der Berliner Richtung nicht anders gewohnt ist.

Die Berichte von angeblichen rapiden sozialdemokratischen Fortschritten im Saargebiet sind aber nichts weiter wie dreiste Vorspiegelungen falscher Tatsachen. Gewiß haben

die sozialdemokratischen Hege krampfhaft Anstrengungen gemacht, um endlich einen großen Fischfang im Saargebiet zu machen, aber das Resultat ist geradezu kläglich. Wo nicht die christlichen Gewerkvereiner in den von sozialdemokratischer Seite einberufenen Versammlungen erschienen, waren letztere elend besucht, manche konnten wegen mangelnder Teilnehmerzahl gar nicht abgehalten werden. Bei einer am 9. Januar abgehaltenen Sicherheitsmännerwahl in Büttlingen wurde der Kandidat des christlichen Gewerkvereins mit großer Mehrheit gewählt; auf Grube Wpenschacht erhielt der Gewerkvereinskandidat von 49 abgegebenen Stimmen allein 44. Das Resultat dieser Nachwahlen zeigt, daß die Saarbergarbeiter nach wie vor dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter ihr Vertrauen entgegen bringen. Der durch die letzte Bewegung erzielte Erfolg liegt auch so offensichtlich zu Tage, daß er nur durch Krümmung der Wahrheit hinweg geleugnet werden kann. Im Saargebiet selbst herrscht im sozialdemokratischen Lager große Enttäuschung über den Ausgang der Bewegung und über den Erfolg des roten Fischzuges, außerhalb aber flunkert die sozialdemokratische Presse von großen Erfolgen, die erstreulicherweise aber nur der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter zu verzeichnen hat.

Selbstverständlich kann die „Gewerkschaft“, das Organ des roten Gemeindegewerksverbandes, nicht zurückstehen, wenn ein allgemeiner Verleumdungsfeldzug gegen uns in Szene gesetzt wird. In ihrer Nummer 5 bringt sie die „Enthüllungen“ eines Berliner Sensationsblattes über Vorgänge beim vorjährigen Bergarbeiterstreik. Zu diesen „Enthüllungen“ schreibt das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“:

„Das Produkt eines geisteschwachen oder aber gewissenlosen Zeilenschänders in dem betr. Sensationsblatt ist so unglaublich dünn und unsinnig, daß wir es ablehnen müssen, auch nur mit einem Wort an dieser Stelle einzugehen. Die Redakteure der „Bergarbeiter-Zeitung“ glauben selbst nicht an den plumphen Schwindel, können nicht daran glauben, wenn sie den Verstand noch nicht ganz verloren haben. Daß sie aber trotzdem einen solchen Blödsinn gegen die christlichen Gewerkschaften auszubeuten suchen, zeigt, daß ihre Kampfmethoden auf dem allertiefsten Niveau angelangt sind.“

Jedenfalls wollte sich die Redaktion der „Gewerkschaft“ den „Ruhm“ nicht entgehen lassen, zu denjenigen zu gehören, die sich im Sumpfe der Verleumdungen wohl fühlen. Wir wünschen ihr viel Glück zu ihrer Gesellschaft.

Versammlungskalender.

- Rln. (Gemeindegewerksarbeiter.) Freitag, den 7. März Monatsversammlung bei S. Dohs, Im Raach 4—6.
- Freiburg. Dienstag, den 4. März außerordentliche Versammlung bei Ganter. Referent: Kollege Dedenbach-Köln.
- Wlzburg. (Gemeindegewerksarbeiter.) Sonntag, den 2. März Versammlung im Gesellenhaus. Referent: Koll. Weizler-München.
- Krefeld. Mittwoch, den 5. März, abends 8¹/₂ Uhr in der Reichshalle Versammlung. Alle erscheinen.

Gedenktafel.



Gestorben ist unsere teure Kollegin:

Rath. Kriner, München.

Ehre ihrem Andenken.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Sidmann; Verlag: Peter Dedenbach, Heide Rln, Palmstr. 14. Druck: Rln-Chrenfelder Hand-Druckerei, Marastr. 9.